

Besprechungen

Hjalmar Schacht: Die Politik der Deutschen Bundesbank. München o. J. J. F. Lehmann. 111 S.

In diesem Büchlein unterzieht der kürzlich verstorbene ehemalige Reichsbankpräsident die Politik der Bundesbank einer rigorosen Kritik. Er zeigt sich, wie Zeitgenossen ihn wohl stets erlebt haben, streitbar und selbstbewußt und nimmt seine Kollegen tüchtig bei den Ohren.

Der zentrale Angriffspunkt ist die Inflation, ein Problem, das ja seit dem Erscheinen der Schrift unverändert aktuell ist. *Schacht* sieht die Wurzel des Übels in der Konvertierbarkeit der Währungen bei festen Wechselkursen, wie sie das System von Bretton Woods beinhaltet. Unter diesen Bedingungen ist, wie man ja allgemein weiß, eine autonome Zentralbankpolitik nicht möglich. Etwaige Stabilitätsbemühungen der Bundesbank werden durch die importierte Inflation leicht unterlaufen. Da das westliche Währungssystem in der Tat seit Jahren vor sich hin kriselt, findet *Schacht* natürlich reichlich Gelegenheit zu schonungsloser, oft sarkastischer Kritik.

Das, was *Schacht* als eigene Alternative bietet, steht jedoch leider in einem inversen Verhältnis zur Heftigkeit der Polemik. Das Problem wäre ganz einfach zu lösen, meint *Schacht*, wenn die Bundesbank und Bundesregierung endlich die verderbliche und überdies unwürdige Rücksichtnahme auf das Ausland fallen ließen und eine wahrhaft nationale Währungspolitik betrieben; die Katze wird schließlich aus dem Sack gelassen mit der Empfehlung, zur Devisenbewirtschaftung zurückzukehren, nicht nur zeitweilig, sondern offenbar dauerhaft. Ganz wohl war dem Reichsbankpräsidenten a. D. bei dieser Empfehlung wohl selber nicht, denn er führt sein Konzept nicht weiter aus. Tatsächlich ist schwer einzusehen, daß ein so exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik gut dabei fahren soll, wenn es sich nach dem Muster Hitler-Deutschlands gegenüber dem Ausland rigoros abschließt. Die Sorge der Bundesbank um das internationale Währungssystem wird denn auch ein vernünftiger Mensch nicht, wie *Schacht* suggeriert, als ein Symptom unwürdiger Unterwürfigkeit gegenüber dem Auslande ansehen, sondern als die richtige Einsicht, daß die Erhaltung des westlichen Währungssystems letztlich auch eine Voraussetzung für die Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus ist und daher im wohlverstandenen Eigeninteresse liegt.

Kenner der *Schacht-Literatur* wird nicht überraschen, daß auch diese Streitschrift reichlich gewürzt ist mit Hinweisen auf die vorzügliche, fehlerfreie und vorbildliche Politik der alten Reichsbank insbesondere von 1924 bis 1930 und von 1933 bis 1939. Gewisse Einseitigkeiten des *Schachtschen* Schacht-Bildes sind bekannt und brauchen hier nicht korrigiert zu werden. Immerhin liest man nicht ohne Schmunzeln, daß der Reichsbankpräsident a. D. seine Kollegen mit erhobenem Zeigefinger belehrt, die Zentralbank sei eine der Regierung nachgeordnete, keineswegs gleichrangige Behörde; sie dürfe in keinem Falle gar in der Öffentlichkeit gegen die Regierung auftreten; und sie habe sich überhaupt publizistisch größte Beschränkung aufzuerlegen.

Nach dem Krach um den Young-Plan kursierte in bezug auf *Schacht* das Bonmot „L'éclat, c'est moi!“. Die unverblümete Freude an der Herausforderung, die schon die Zeitgenossen von *Schachts* politischer und währungspolitischer Wirksamkeit irritierte, durchzieht auch die vorliegende Streitschrift, die jetzt unerwartet zum Schlußstein eines langen publizistischen Oeuvres geworden ist. Auch wer *Schachts* Position nicht teilt, wird nicht ohne Anerkennung konstatieren, daß hier jemand von Anfang bis Ende sich selbst treu geblieben ist.

Gerd Hardach, Marburg

Walter Braeuer: Frankreichs wirtschaftliche und soziale Lage um 1700. Marburg 1968. N. G. Elwert Verlag. 192 S.

Die Arbeit belegt mit einer Vielzahl von Quellenzeugnissen den Niedergang der französischen Wirtschaft und die Verelendung breiter Volksschichten Frankreichs gegen Ende der Regierungszeit Ludwigs XIV. und will anhand der Schriften von *Vauban* und *Boisguillebert* die gegen die merkantilistische Wirtschafts- und Finanzpolitik *Colberts* (1619 - 1683) erhobenen schweren Anklagen auf ihre Berechtigung hin nachprüfen. Gleichzeitig beabsichtigt der Verfasser, den deutschen Leser mit den vorphysiokratischen französischen „Theoretikern“ *Vauban* und *Boisguillebert* mehr bekannt zu machen, nicht ahnend, daß der deutsche Leser aus berufener Feder zumindest über *Vauban* bestens informiert ist.

Insgesamt besteht der Wert der Arbeit, die kaum — dem Rezensenten sei verziehen — die Besprechung lohnt, in der Aneinanderreihung bisher unbekannter Tatsachenmaterials. Die Ergebnisse aber bringen nichts Neues. *Braeuer* enthüllt zudem in einer oft peinlichen Weise nicht nur eine unzulängliche Sachkenntnis der Theorien der Merkantilisten und Physiokraten, sondern war auch darstellerisch und stilistisch seiner Aufgabe nicht gewachsen (so u. a. S. 50: Die Lage der Weinbauern verschlechterte sich „durch einen starken Frost, der die Reben gänzlich vernichtete, so daß sie alle verloren waren“). Unzulänglich war nicht zuletzt die Literaturbenutzung. Der Verfasser zitiert, was vielleicht noch verzeihlich, *Meyers Konversationslexikon* von 1928, entschuldigbar aber ist in keiner Weise, daß ihm die grundlegende Monografie von *Fritz K. Mann* (Der Marschall *Vauban* und die Volkswirtschaftslehre des Absolutismus. München 1914) unbekannt geblieben ist.

Willi A. Boelcke, Echterdingen

E. Batzer, R. Geml, E. Greipl und *H. Laumer*: Die Nahrungsmitteldistribution in Westeuropa. Teil I: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und Niederlande. Teil II: Dänemark, Großbritannien, Irland, Norwegen und Schweden. Berlin, München 1971. Duncker & Humblot. 131 u. 137 S.

Die handelswissenschaftliche und absatzwirtschaftliche Forschung war bisher wenig international ausgerichtet. Es schien vor einem Jahrzehnt fast unmöglich, die vielfältigen institutionellen Erscheinungen des Handels in Westeuropa zu erfassen und darzustellen. Die in allen Ländern zu beobachtenden Kooperations-, Konzentrations-, Integrations- und Rationalisierungsvorgänge haben statistische Publikationen in allen Ländern angeregt, die den Blick für die Unterschiede der Ausgangspunkte und Entwicklung darlegen. Die in zwei Bänden vorliegende Arbeit der Autoren *Batzer, Geml, Greipl* und *Laumer*

wird neben Praktikern auch vielen Forschern und Lehrern helfen, die weitere Entwicklung des Lebensmittelhandels in Westeuropa von sicherer Warte aus zu verfolgen. Die Autoren haben sich dafür entschieden, die einzelnen Länder in den Teilbänden in alphabetischer Reihenfolge abzuhandeln. Jedem Länderkapitel ist deshalb eine sehr knappe, teilweise vergleichende Einführung vorangestellt. Die Länderkapitel bringen sonst nicht zugängliches statistisches Material über die Absatzwege im Großhandel, die Zahl und die Kooperations- und Konzentrationsformen der Groß- und Einzelhandelsbetriebe sowie die Marktanteile verschiedener Betriebsformen im Lebensmittelhandel. Soweit Material in den einzelnen Ländern vorlag, wurde der Stand der Rationalisierung, gemessen als Zahl und Marktanteil der Selbstbedienungsläden und Supermärkte, dargestellt. Der große Umbruch im Lebensmittelhandel hat sich jedoch im übrigen Einzelhandel (Textil-, Eisenwarenhandel) bisher nicht ereignet. Derjenige Leser, der ein schnelles und vergleichendes Urteil über die Entwicklung des Lebensmittelhandels in Westeuropa wünscht, hätte sicherlich eine synoptische Darstellung am Schluß des zweiten Teilbandes begrüßt. Wenn er z. B. den Marktanteil der Konsumgenossenschaften oder des ungebundenen selbständigen Einzelhandels erfahren will, muß er die Länderkapitel durchgehen. Die Autoren weisen darauf hin, daß die Rationalisierung des Lebensmittelhandels in Schweden, der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark am weitesten fortgeschritten ist. Hemmungen in der Rationalisierung ergeben sich in einzelnen Ländern vor allem dann, wenn gesetzliche Vorschriften eine Ausweitung des traditionellen Sortimentes verhindern oder Spezialgeschäfte für Obst, Fleisch, Milch usw. vorgeschrieben sind. Gleichzeitig hemmen gesetzlich zugelassene Preisbindungen der zweiten Hand die Rationalisierung des Lebensmittelhandels.

Die unterschiedlichen Rationalisierungsfortschritte, die auf generelle Produktivitätsunterschiede der einzelnen Volkswirtschaften und des betreffenden Einzelhandels hindeuten, werden sicherlich in naher Zukunft nicht abgebaut. Eine Schlußfolgerung liegt deshalb nahe. Die weiter entwickelten Märkte Westeuropas haben sicherlich niedrigere Distributionskosten. Sie sind infolgedessen attraktiver für die Absatzsysteme der Großunternehmen. Die in den beiden Teilbänden zusammengetragenen strukturellen Informationen über die einzelnen Länder haben deshalb gleichzeitig einen prognostischen Wert für die Rangfolge der Innovationen im Einzelhandel Westeuropas.

Adolf Weber, Kiel

Wilhelm Bickel (Hrsg): *Verstehen und Gestalten der Wirtschaft*. Festgabe für Friedrich A. Lutz zum 70. Geburtstag am 29. Dezember 1971. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XIII, 384 S.

Zur Vollendung seines 70. Lebensjahres ist *Friedrich A. Lutz* von Freunden, Kollegen und Schülern mit dieser stattlichen Festschrift bedacht worden. Stellvertretend für die deutsche und internationale Wirtschaftswissenschaft ehren sie damit einen der profiliertesten Gelehrten unseres Faches, dessen besondere Neigung — wie der Herausgeber in seinem Geleitwort hervorhebt — stets der Zins- sowie der Geld- und Währungstheorie galt, dessen Arbeitsfeld im ganzen jedoch weit darüber hinausreicht und, um hier nur einige Stichworte zu nennen, den Bogen von der Konjunkturforschung und den Grundfragen der Geldverfassung über gesamtwirtschaftliche Ordnungsprobleme bis zum Beziehungsverhältnis zwischen politischen Überzeugungen und nationalökonomischer Theorie spannt. Die mit vielen Werkzeugnissen be-

legte wissenschaftliche Leistung des Jubilars als Lehrer und Forscher braucht nicht mehr eigens gewürdigt zu werden. Zudem wurden die Beiträge im vorliegenden Band thematisch so aufgegliedert, daß sich in ihnen die von Lutz bevorzugten Arbeitsgebiete widerspiegeln.

Alle in diesem Buch vereinten Abhandlungen sind von hohem Niveau und vergegenwärtigen dem Leser immer wieder, was unsere Disziplin an Einsichten, Anregungen und kritischem Selbstverständnis Lutz zu verdanken hat. Der gebotenen Kürze halber muß es diese Anzeige dabei bewenden lassen, die Aufsätze und Autoren zu nennen. Die erste Artikelgruppe, die der Gestaltung der Wirtschaftsordnung gewidmet ist, umschließt die Beiträge „Versuch einer ordnungspolitischen Gewissenserforschung“ (Hugo Allemann), „Problems of Prosperity: The Failures of Economics“ (Richard C. Bernhard), „Wirtschaftsordnung und Geschichtsgesetz“ (Franz Böhm), „Zum Steuerbelastungsausgleich an der Grenze“ (Heinz Haller), „Eigenarten der Lenkung von Kapital und Arbeit in der sozialistischen Marktwirtschaft Jugoslawiens“ (K. Paul Hensel), „Einige Gedanken zur Einkommenspolitik“ (Heidi Schelbert-Syfrig) und „Wettbewerbskonzeptionen und Wirtschaftspolitik“ (Egon Sohmen). Probleme des technischen Fortschritts und der Kapitalbildung behandeln im zweiten Abschnitt die Aufsätze „Wirtschaftliche und soziale Faktoren bei der An eignung der Technik in Deutschland“ (Karl Erich Born), „Effects of Technological Progress in the Light of the Theory of Induced Innovations“ (William Fellner), „Bemerkungen über die Zinsempfindlichkeit der Investitionen“ (Hans Otto Lenel) und „Investitionsrechnung bei Risiko unter Verwendung der Simulationstechnik“ (Edwin Rühli). Im dritten Abschnitt zur Geldtheorie und Währungspolitik folgen die Artikel „Ludwig Bamberger: Deutschlands Übergang zur Goldwährung“ (Verena Bachmann), „Ways and Programmes of Monetary Action in Italy: A Glance at Two Decades“ (Paolo Baffi), „Der Wettbewerb als Ordnungsprinzip der Geldschaffung“ (Emil Claassen), „Reflections on the Economics of International Monetary Integration“ (Gottfried Haberler), „Geldschaffung und Kreditvermittlung im Eurodollarmarkt“ (Jürg Niehans) sowie „Wechselkurspolitik und Bankapparat“ (Eberhard Reinhardt), und entwicklungspolitische Perspektiven erörtern im vierten Teil die beiden Aufsätze „Entwicklungspolitik vor der Notwendigkeit einer Neuorientierung“ (Fritz W. Meyer) und „Planung, Preise und Löhne in unterentwickelten Ländern“ (Wolfgang F. Stolper), während eine gesonderte, auf die schweizerischen Verhältnisse ausgerichtete Expertise über „Die Ausbildung des Akademikers für den öffentlichen Dienst“ (Camille Higy) die Reihe abschließt. Im Anhang sind die über 120 Titel umfassenden Veröffentlichungen von Friedrich A. Lutz seit 1932 aufgeführt.

Antonio Montaner, Mainz

Wolfram Fischer (Hrsg.): Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 279 S.

Diese im Rahmen der Schriften des Vereins für Socialpolitik erschienene Werk enthält Beiträge namhafter Wirtschaftshistoriker Deutschlands und des Auslands zu Problemen der Wirtschaftsstruktur und des Wirtschaftswachstums innerhalb des europäischen Raumes im 16. und 19. Jahrhundert.

Die Abhandlungen der einzelnen Autoren sind Forschungsergebnisse, die als Referate im wirtschaftshistorischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik

vorgetragen und diskutiert wurden. Dieser am 28. 9. 68 konstituierte Ausschuß kann wohl mit Recht als die Repräsentanz und als das Diskussionsforum der deutschsprachigen Wirtschaftshistoriker bezeichnet werden.

Dietrich Saalfeld weist in seinem Aufsatz „Die Wandlungen der Preis- und Lohnstruktur während des 16. Jahrhunderts in Deutschland“ auf die drei Aufgabenbereiche der preishistorischen Forschung (Preisentwicklung, Preisgefälle, Preisstruktur) hin und beschäftigt sich insbesondere auch mit den Auswirkungen der Preisstrukturveränderung auf die Lebenshaltungskosten der städtischen Lohnarbeiter. Seine Ergebnisse werden durch eine Vielzahl von Tabellen, Graphiken und statistischem Material untermauert und erläutert. *Fritz Blaich* untersucht die „Fleischpreise und Fleischversorgung in Oberdeutschland im 16. Jahrhundert“, wobei er auf Nachfragesituation, Herkunft und Umfang des Angebots, auf die Struktur der Vieh- und Fleischmärkte und auf den Einfluß der Obrigkeit auf die Preisbildung näher eingeht. Die Analyse der „Kapitalbildungsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung in Deutschland am Anfang des 19. Jahrhunderts“ von *Friedrich-Wilhelm Henning* zeigt die Möglichkeiten der bäuerlichen Kapitalbildung — sofern sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts überhaupt vorhanden waren — und ihre Verwendung (Investition im eigenen Betrieb, Zahlung im Rahmen von Erbausinandersetzungen, Investitionen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich). Die Folgerungen und Schlüsse, die der Verfasser aus seinen Ergebnissen zieht, widerlegen die häufig genannte These, daß der Konsum noch zugunsten des Sparens hätte eingeschränkt werden können. Die Studie von *Harald Winkel* über die „Höhe und Verwendung der im Rahmen der Grundlastenablösung bei Standes- und Grundherren angefallenen Ablösungskapitalien“ nennt die Empfänger, Höhe und die unterschiedlichen Gründe, die bei den verschiedenen Empfängern von Ablösungskapitalien für die Verwendung bzw. Verausgabung und Anlage dieser Gelder bestimmend waren. Eine weitere Abhandlung von *Friedrich-Wilhelm Henning* befaßt sich mit der „Wirtschaftsstruktur mitteleuropäischer Gebiete an der Wende zum 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des gewerblichen Bereiches“. Hier sind vor allem die statistischen Materialien über Handwerker, Anteil der Fabrikarbeiter an der Gesamtbevölkerung, die Aufgliederung der Beschäftigten in den primären, sekundären und tertiären Sektor und die Untersuchung unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen in Stadt und Land interessant. Eine noch mehr ins einzelne gehende Arbeit von *Karl Heinrich Kaufhold* beschäftigt sich mit dem „Preußischen Handwerk in der Zeit der Frühindustrialisierung“. Untersucht wird das Baugewerbe — wegen der Eigenart seiner Produktion erfährt es eine besondere Behandlung — und das übrige metall-, holz-, bekleidungs-, textil-, nahrungs- und lederverarbeitende Handwerk. Herangezogen wurden bei dieser Arbeit die preußischen Gewerbetabellen von 1815 bis 1858. Im Thema „Frühindustrielles Gewerbe in der Rechtsform der AG“ weist *Paul C. Martin* auf Aktiengesellschaften vor 1843 hin, deren Bedeutungen bisher unterschätzt worden waren. Er nennt die charakteristischen Industriezweige und die Gründe, weshalb sich in bestimmten Industriebranchen die Gesellschaftsform der AG frühzeitig gebildet hatte. Der Text des Referates „Die Entwicklung der regionalen Einkommensdifferenzierungen im Wachstumsprozeß der deutschen Wirtschaft vor 1913“ von *Helmut Hesse* befaßt sich mit der Überlegung zu den Fragen, wie sich die Einkommensdifferenzierungen im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwunges eines Landes entwickelten und welches die Bestimmungsfaktoren für eine Veränderung der regionalen Einkommensunterschiede waren. Er setzt sich insbesondere mit der Export/Basis- und Stufentheorie und mit der *Myrdal-* und *Williamssonthese* auseinander.

„Die Betriebsform im Eisenhüttenwesen zur Zeit der frühen Industrialisierung in Ungarn“ von *Akoš Paulinyi* und „Industrial Development and Foreign Trade in the Nordic Countries 1870 bis 1914“ von *Lennart Jörberg* sind zwei relativ kurze Spezialuntersuchungen, deren Ergebnisse aber auch für den deutschen Raum und dessen wirtschaftshistorische Analyse von Bedeutung sind.

Lutz Mehl, Aachen

H. Peter Gieseler: Konsumgüterwerbung und Marktstruktur. Freiburg 1971. Rombach. 243 S.

Von den Praktikern des Werbefachs kann man selten erfahren, wieviel Umsatzsteigerung eine bestimmte Werbemaßnahme erbrachte. Die vorliegende Untersuchung liefert einige Bausteine dazu; zumindest können die theoretischen Ableitungen aus Modellen das Wissen um die Zusammenhänge vertiefen.

Die Einleitung befaßt sich mit Werbewirkungen auf Unternehmen, Markt und Gesamtwirtschaft mit dem Ergebnis: Werbung ist das der Massenproduktion adäquate Instrument; allerdings beeinträchtigt sie häufig die Markttransparenz, sie erfüllt daher keineswegs ihre Informationsfunktion immer, wie die Werbeleute vorgeben (S. 42), sie kann zudem emotionale Kaufentscheidungen fördern (S. 44).

Der Abschnitt „Monopol und Werbung“ wird für Anhänger der mathematischen Darstellungsweise eine Fundgrube sein. — Die Domäne der Konsumgüterwerbung liegt beim Polypol. Der Spielraum des Werbeerfolges wird vom Verhalten der Mitwettbewerber um Marktanteile umrissen (S. 145); meist reagiert die Nachfrage auf den Einsatz von Werbemitteln nur zögernd; ob dabei ein Vorsprung einer Firma vor einer anderen möglich wäre, läßt sich nicht klären (S. 148). Recht praxisnah behandelt *Gieseler* auf den Seiten 149 ff. die Vorteile, die große Unternehmen eo ipso bei der Werbung und beim Mitteleinsatz gegenüber kleinen haben.

Demgegenüber bringt das Kapitel „Oligopol und Werbung“ klare Feststellungen: Der Oligopolist vermeidet den Preiswettbewerb und glaubt, eher durch andere Leistungen einen Marktvorteil zu gewinnen. Werbung ist für ihn ein flexibleres Instrument als Preispolitik. Der Verfasser übersieht allerdings, daß Weniger-Marktstarke auch deshalb werben, weil ihre größeren Mitbewerber ständig Aufmerksamkeit durch Inserate usw. erzeugen. Da man die Werbebudgets der Konkurrenz nicht kennt, kommt es häufig zur kämpferischen Werbung, die ähnlich dem Preiskrieg vergangener Zeiten manchmal auch ruinös sein kann. Hinter aller Werbung beim Oligopol steckt jedoch oft ein stillschweigendes Einverständnis, keinesfalls die Preise zu verändern; charakteristisch scheint auch, daß nach Preiserhöhungen sofort wieder neue Werbekampagnen gestartet werden. Zur Marktabsicherung gliedern sich die Unternehmen Produktionen von Substitutionsgütern an, die werblich stark propagiert werden und im Grunde nur eine Preisspaltung vernebeln.

Gieselers Gesamtbeurteilung lautet in großen Zügen: Solange die Werbung die Gattungsnachfrage erweitert, neue Konsumenten in den Markt zieht oder bisherige Käufer zu größeren Abnahmen anregt, bleibt sie einzelwirtschaftlich erfolgreich. Gesamtwirtschaftlich jedoch ist der Nutzen der Reklame in diesem Falle zweifelhaft (Aufschaukeleffekt). Werben expandierende Wirtschaftszweige, so ist die Werbung positiv, bei Werbung für ausgereifte Güter

der Einsatz negativ zu beurteilen. Werbeabsprachen haben sich in praxi als nahezu wirkungslos erwiesen.

Bei allen Marktformen wird die Frage untersucht, ob durch die Werbung anderen Teilnehmern der Zugang zum Markt verschlossen wird, was in der Regel der Fall ist.

Werbefachleute sollten an dieser Untersuchung nicht vorübergehen. Sie bringt vielleicht nicht den vollständigen Aufschluß, aber sie belegt aus nationalökonomischer Sicht bekannte Fakten gründlicher als bisher. — Nachteilig bleibt das Fehlen eines Verfasser- und Sachregisters anzumerken.

Karl Sammel, Wiesbaden

Klaus-Dirk Henke: Savings-Bonds als Instrument der Finanzpolitik. Die Ausgabe nichtmarktfähiger Schuldtitel an private Haushalte, dargestellt am amerikanischen Savings-Bonds-Programm. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 136 S.

Diese Arbeit hat eine in Deutschland erst durch die Bundesschatzbriefe in das Bewußtsein der Sparer gerückte Anlageform zum Gegenstand, die in den Vereinigten Staaten aber immerhin rund ein Viertel der staatlichen Nettoschuld ausmacht. Ob von dieser Bedeutung der Savings-Bonds in den USA auf eine ähnliche zukünftige in der Bundesrepublik geschlossen werden kann, sei dahingestellt und ist auch nicht Gegenstand dieser Arbeit. Verdienstvoll aber ist es auf jeden Fall, daß dieses staatliche Finanzierungsmittel erstmals umfassend auf seine ökonomischen Auswirkungen untersucht wird. Erstaunlich dabei ist, daß die Untersuchung auch für amerikanische Verhältnisse neu ist. Die Ausführungen des Verfassers und ein Blick in das umfangreiche Literaturverzeichnis zeigen auf, daß auch im Entstehungsland dieser Schuldtitel eine systematische Auseinandersetzung mit ihnen fehlt. Mag dies aus der Entstehungsgeschichte der Bonds und ihrer meist emotionalen offiziellen Rechtfertigung herzuleiten sein oder nicht, bestehen bleibt die Tatsache, daß bislang nur verschwommene Vorstellungen über Theorie und Praxis dieser Titel herrschten, Vorstellungen, die auch in der Diskussion um die bundesdeutschen Schatzbriefe eine nicht unwesentliche Rolle spielten.

Diesem Mangel hilft nun *Henke* mit seiner Untersuchung ab. Im ersten Teil wird eingehend die technische Konzeption des Savings-Bonds-Programms dargestellt. Ausgehend von den offiziellen Rechtfertigungen und ihrer Analyse in einem besonders interessanten Kapitel, werden Anleihemodalitäten und die organisatorische Durchführung des Programms behandelt. Gerade diese Kapitel zeigen den spezifisch amerikanischen Zuschnitt des gesamten Programms, der einigermaßen befremdlich wirkt und in dieser Gestalt wohl nur in Amerika erfolgreich sein kann. Das zweite Kapitel stellt die Nachfrage nach Savings-Bonds unter Berücksichtigung anderer Anlageformen in den Vordergrund. Der Vergleich mit anderen Anlageformen, gemessen an der anteiligen Ersparnisbildung, die Nachfragestruktur und das Nachfrageverhalten werden hier einer gründlichen Analyse unterzogen. Der Bezug zur Finanzpolitik wird im dritten, „Savings-Bonds in Theorie und Praxis des Debt Management“ überschriebenen Kapitel hergestellt. Hier wird die Stellung der Bonds im Vergleich zur Gesamtverschuldung des amerikanischen Staats und ihre Rolle in bezug auf die verschiedenen Zielsetzungen der Schuldenpolitik diskutiert. Kaufkraftstabilität und Erleichterung der schuldenpolitischen Operationen des Schatzamtes als offizielle Rechtfertigungsargumente

stehen dabei ebenso im Mittelpunkt der Kritik wie die möglichen einkommens- und vermögenspolitischen Wirkungen der Bonds, die gesondert untersucht werden.

Wenn auch die Ergebnisse infolge unzureichender statistischer Unterlagen nicht immer eindeutige Schlußfolgerungen in bezug auf die Wirksamkeit der Bonds als schuldenpolitisches Instrument zulassen, so bringt die Untersuchung doch eine Fülle interessanter und wichtiger Einsichten in dieses spezifisch amerikanische Finanzierungsinstrument, die auch in der hier geführten Diskussion beachtet werden sollten. Nachdenklich stimmen vor allem Methoden und nachträglich fabrizierte Rechtfertigungen zur Popularisierung eines Instrumentes der staatlichen Schuldenpolitik, die Zweifel an den lauterer Absichten des Staates aufkommen lassen.

Dieter Stiltz, Berlin

Bodo Steinmann: Versuch einer Verzahnung der Geldtheorie mit der Gütertheorie. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 237 S.

In makroökonomischen Beschäftigungs- und Wachstumsmodellen wird — explizit oder implizit — für den monetären Sektor in aller Regel mit sehr vereinfachten Annahmen gearbeitet. Man unterstellt entweder ein vollkommen elastisches oder ein vollkommen unelastisches Geldangebot: ersteres in Wachstumsmodellen beispielsweise, letzteres unter anderem in Keynesianischen IS/LM-Modellen. Die Kritik an diesen simplifizierenden Annahmen ist der Ausgangspunkt der Überlegungen von *Bodo Steinmann*. In dem vorliegenden Buch konstruiert er ein Konjunkturmodell, in dem der monetäre Sektor differenzierter behandelt wird und explizit Geldangebots- und Geldnachfragefunktionen eingebaut werden (Der Ehrgeiz des Verfassers reicht allerdings, worauf der Titel des Buches hindeutet, weiter: nämlich auf die Konstruktion einer „general theory“. Das freilich scheint dem Rezensenten ein wenig zu ambitiös: Gütertheorie ist nicht nur Makroökonomik und nicht nur Einkommenstheorie).

Steinmann gelangt in seiner Arbeit zu einer Drei-Stadien-Theorie für die Interaktion von realem und monetärem Sektor. Im ersten Stadium (z. B. in einer Rezession) kann das Geldangebot ohne Zinserhöhung je nach den Erfordernissen der Nachfrage ausgeweitet werden, weil die Banken ausreichend liquide sind. Im zweiten Stadium ist eine Erhöhung des Geldangebots nur bei gleichzeitiger Zinssteigerung möglich und im dritten Stadium (z. B. in der Spitze des Booms bzw. bei voller Wirksamkeit einer restriktiven Zentralbankpolitik) ist das Geldangebot vollkommen unelastisch. Dieses Drei-Phasen-Schema entspricht im Ergebnis auch dem Verlauf der LM-Kurve im Keynesianischen Modell. Nur sind die Annahmen, aus denen *Steinmann* seine Theorie herleitet, umfassender als die der Keynesianischen Lehrbuchdarstellungen. Hierzu gehört auch — was dem Rezensenten besonders wichtig hervorzuheben erscheint — die Berücksichtigung von Verhaltensfunktionen für die konjunkturpolitischen Instanzen Staat und Zentralbank, die in üblichen Zyklusmodellen meist exogen eingeführt werden. In einem Schlußkapitel des Buches wird speziell auf die Notenbank- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik in den Jahren 1966 bis 1970 eingegangen.

Angesichts der sehr ausführlichen Begründung der Geldangebots- und Geldnachfragefunktion, die allein mehr als ein Drittel des ganzen Buches ausmacht, auf etwaige kleinere Versäumnisse an dieser oder jener Stelle hinzuweisen, wäre im Hinblick auf das sorgfältige und differenzierende Vorgehen des Ver-

fassers ungerecht. Zwei generelle Anmerkungen scheinen jedoch angebracht. Zum einen berücksichtigt *Steinmann* nicht die moderneren Ansätze in der Geldtheorie, nach denen die Funktion des Geldes vor allem darin liegt, Informations- und Transaktionskosten im Tauschprozeß zu verringern. Geldnachfrage resultiert in dem Buch lediglich aus dem Finanzierungsdefizit eines Sektors. So kommt *Steinmann* zu dem auf den ersten Blick verwirrenden Ergebnis, daß private Haushalte keine Nachfrage nach Geld entfalten: „Daß die privaten Haushalte nicht als Geldnachfrager auftreten, hängt damit zusammen, daß sie nach dem Verständnis der Wirtschaftstheorie in toto keine Passivsaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben aufweisen, sich also nicht bei den Geschäftsbanken verschulden.“ (S. 40)

Ein zweiter Einwand gegen *Steinmanns* Modell ergibt sich aus der Art, wie er die außenwirtschaftlichen Beziehungen berücksichtigt. Er beschränkt sich auf die Leistungstransaktionen und vernachlässigt den Kapitalverkehr fast völlig. Dies ist gerade für eine Analyse der geldpolitischen Effizienz in einer offenen Wirtschaft hinderlich. Um trotzdem zu einigermaßen realistischen Ergebnissen zu kommen, ist *Steinmann* gezwungen, mit der wenig überzeugenden Argumentation von stark zinselastischen Exporten und Importen zu arbeiten (S. 175 f.).

Martin Hüfner, Frankfurt (M.)

Wilhelm Abel: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland. Göttingen 1972. Vandenhoeck & Ruprecht. 83 S.

Diese Abhandlung über den sog. „Pauperismus“ im vorindustriellen Deutschland tritt der weitverbreiteten Geschichtsauffassung entgegen, nach der die aufkommende Industrialisierung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zu Massenarmut und Verelendung der Menschen geführt habe. Der Verfasser weist nach, daß diese „heile Welt“ und „vorindustrielle Harmonie“, wie sie schon bei *Engels* geschildert wird und später kritiklos übernommen worden war, keineswegs den Tatsachen entsprach. Es wird gezeigt, daß die Armut und die Hungerrevolten der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht als die Endpunkte einer Verelendung durch die aufkommenden Industrien zu sehen sind, sondern daß diese Armut schon früher und gerade in nichtindustrialisierten Regionen vorhanden gewesen war. Zur Unterstützung dieser Aussage analysiert *Abel* einmal den Reallohnverfall zu Beginn der Neuzeit und zum anderen die Teuerungen am Ende des 18. Jahrhunderts. Als weitere Ursachen für die schon vor der Industrialisierung herrschende Armut sieht er die Krisen- und Hungerjahre des 16. und 18. Jahrhunderts. An Hand einer Vielzahl von Statistiken und Graphiken, die insbesondere die Preis- und Lohnentwicklung einzelner Regionen sowie Einkommensverhältnisse verschiedener Bevölkerungskreise darstellen, wird der Prozeß der Verarmung bis zum Beginn der Industrialisierung nachvollzogen.

Mit einer kurzen Charakterisierung der Ursachen, die zur Überwindung der Not in und nach der ersten Industrialisierungsphase geführt haben, schließt der Verfasser diese Abhandlung, die durch ihre spezielle Untersuchung über die preis- und lohngeschichtliche Entwicklung eine zusätzliche Information zu seinen bisherigen grundlegenden Werken „Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert“ und „Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter“ bietet.

Lutz Mehl, Aachen

Renate Aengenendt: Ladenöffnungszeiten im Einzelhandel. Köln 1972. Kölner Universitäts-Verlag. 179 S.

In letzter Zeit sind die Auseinandersetzungen um die Ladenöffnungszeiten des Einzelhandels — die gegenwärtige Regelung in der Bundesrepublik gilt seit 1965 — wieder aufgelebt. In der reichlich verwickelten Diskussion über dieses Problem haben die Standpunkte der Interessenten stets eine entscheidende Rolle gespielt. Freilich verändert sich das Gewicht der Argumente, die von den Beteiligten vorgebracht werden, im Laufe der Zeit mit dem Wechsel der Umweltbedingungen. Heute werden der Mangel an Arbeitskräften hervorgehoben, der eine Ausdehnung der Öffnungszeiten verbiete, sowie die Erhöhung der Kosten im Handel, die damit verbunden wäre und die eine Steigerung von Spannen und Preisen zur Folge haben würde.

Die Möglichkeit, in verstärktem Umfang Teilzeitkräfte heranzuziehen, und die Chancen erhöhter Umsätze, auf die von den Befürwortern einer Lockerung der heutigen Regelung hingewiesen wird, läßt man kaum gelten. Auch das Argument, daß eine Liberalisierung weder eine Verlängerung der Ladenzeiten noch der Arbeitszeit der im Einzelhandel Tätigen zur Folge zu haben brauche, sondern daß man die heute zulässige oder übliche Öffnungszeiten anders über Tag und Woche verteilen könne, um den Bedürfnissen breiter Verbraucherschichten besser zu entsprechen, wird leider kaum beachtet. Neuestens wird die Beibehaltung der geltenden Regelung damit begründet, daß eine längere Ladenöffnung (auch nur an einem oder zwei Abenden in der Woche) keinen Erfolg verspräche, weil die Menschen um diese Zeit durch Abendbrot und nachfolgendes Fernsehen fest gebunden seien.

Experimente zu wagen, die die Verbraucherwünsche, die Wirkungen auf den Handel, auf die City usw. deutlich machen würden, finden bei Handel und Gewerkschaften ebensowenig Anklang wie der Vorschlag, die Regelung der Ladenzeiten den Unternehmern zu überlassen.

Die vorliegende Untersuchung gibt einen vorzüglichen Einblick in den 1971 erreichten Stand der Diskussion, wobei die Verfasserin nicht verschweigt, daß sie aus vielen Überlegungen eine Lockerung der gegenwärtig streng geregelten Ladenzeiten auch im Interesse des mittelständischen Einzelhandels für wünschenswert hält. Sie geht auf die Verhältnisse im Ausland ein und erläutert Änderungsmöglichkeiten und -vorschläge, die gegenwärtig anstehen.

Robert Nieschlag, München

Peter Bernholz: Grundlagen der Politischen Ökonomie. 1. Bd. Tübingen 1972. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XI, 260 S.

Die Zeiten sind endgültig vorbei, da die Politische Ökonomie“ exklusiv von den Marxisten gepachtet war oder bloß ein Tummelfeld von Außenseitern (cranks) darstellte. In diesem Sinne ist die Einführung in die Politische Ökonomie von Bernholz ein Zeichen der Zeit, in der die Beschränktheit der Fragestellung der positiven Nationalökonomie einerseits und die inadäquaten Ausbruchversuche der bisherigen Sachwalter der Politischen Ökonomie (Marxisten, Radikale) andererseits immer offener und überzeugender kritisiert werden.

Das Programm, das Bernholz in der Einleitung durch seine Kritik an der traditionellen Ökonomie (keine Berücksichtigung der sozialen und politischen Zusammenhänge) suggeriert, ist in der Tat äußerst ambitiös. Seine zentralen Fragestellungen, wie „Welche Gesellschaftsmitglieder sollen mitentscheiden,

welche Güter, wann diese Güter und für wen diese Güter hergestellt werden sollen?“ oder „Wie und von wem werden die Entscheidenden kontrolliert?“ oder „Welche Ziele sollen von den verschiedenen Wirtschaftssystemen und Entscheidungsverfahren so weit wie möglich erreicht werden?“ (S. 4), scheinen eine totale Absage an die ehrwürdige Lehrbuchwelt zu signalisieren.

Dieser Schluß erweist sich jedoch als voreilig, sobald man sich in den eigentlichen Text vertieft. Der Autor erblickt nämlich die Mängel der traditionellen neoklassischen Theorie weniger in deren Ansatz und Struktur als vielmehr in der bisher ausschließlichen Anwendung auf zu enge, rein ökonomische Fragestellungen. Hier liegt der grundlegende Konflikt, der sich durch das ganze Buch hindurchzieht: Einerseits sieht *Bernholz* mit scharfem Blick die Probleme der Realität (Einleitung und Wachstumskritik im 7. Kapitel) wie auch die schwachen Stellen des Theoriegebäudes. Andererseits aber bleibt er in fünf von sieben Kapiteln vollständig im Rahmen der — eigentlich nur in der akademischen Tradition — bewährten analytischen Konzepte und Perspektiven. Die angekündigten Probleme werden vorerst aufgeschoben, um die bestehende Theorie nochmals auszubreiten. Leider werden sie damit meist auch aufgehoben, wobei die wiederholten Verweise auf den noch ausstehenden zweiten Band den eklatanten Mangel an unmittelbarer Problembezogenheit nicht beseitigen können.

Die Beurteilung des vorliegenden Werkes wird stark divergieren je nachdem, welche Vorstellungen über die Politische Ökonomie der Leser mitbringt. Wer glaubt, daß die traditionelle Mikroökonomik nach wie vor die sicherste Basis einer integralen Politischen Ökonomie abgibt, wird sich bestätigt fühlen und beruhigt feststellen, daß mit einigen Korrekturen am geliebten analytischen Apparat der Indifferenzkurven, der Optimierungsregeln etc. die Politische Ökonomie“ bereits in den Griff zu bekommen sei (vgl. z. B. S. 19, 150, 155). Wer — wie z. B. die Rezensenten — davon ausgeht, daß Politische Ökonomie weit mehr als ein „neuer“ Terminus für Nationalökonomie oder die „ökonomische Theorie der Politik“ sei, der wird eine ganzheitliche, integrale Perspektive, eine Konzentration auf die Triebkräfte der gesellschaftlichen Dynamik und eine problemorientierte Analyse unserer modernen Wirtschaftsgesellschaft vermissen und vergeblich nach einer Auseinandersetzung mit Autoren wie *Myrdal*, *Galbraith* oder *Lowe* suchen. Was bleibt, ist eine — im Rahmen des marginalistischen Ansatzes — hervorragende Exposition der Mikrotheorie (Kapitel 2, 3, 4, 5). Ausgehend von einem einfachen Grundmodell wird die Mikroökonomie stets im Zusammenhang mit ihren preis-, produktions- und verteilungstheoretischen Aspekten in Verbindung mit verschiedenen formalen Wirtschaftssystemen gebracht (Kapitalistische Marktwirtschaft, Sozialistische Marktwirtschaft, Konkurrenzsozialismus, Zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft). Dabei wird die Organisation der Produktion scharf von der Organisation der Verteilung getrennt, und aus verschiedenen Kombinationen von Entscheidungsmechanismen aus beiden Bereichen entsteht eine neue interessante Aufteilung von „Ordnungen“.

Das Neue besteht also im Versuch, verschiedene, rein formal beschriebene Wirtschaftsmodelle daraufhin zu untersuchen, ob sie die Optimalbedingungen des statischen neoklassischen Preisbildungs-, Produktions- und Verteilungsmodells erfüllen. Auch dort, wo die Fragestellung etwas erweitert wird und z. B. die Ziele der gerechten Einkommensverteilung und der Freiheit (Abschnitte 4.4 und 4.5) eingeführt werden, wird der Verlust der Optimalitätsbedingungen stets als schwerwiegender Mangel verbucht. Die Frage, ob die marginalistischen *Voraussetzungen* des gesamten Modellapparates überhaupt rele-

vant oder richtig sind, wird erst gestellt, nachdem 60 Prozent der Seiten diese Voraussetzungen stillschweigend unterstellt hatten (S. 150 ff.). Dies führt dazu, daß der antikritischen Sicherung der neoklassischen Modellvoraussetzungen ein breiter Raum gewährt wird. Als Beispiele seien die Verteidigung der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung (S. 19) oder der Nutzentheorie (S. 150 bis 155) erwähnt. Analog verharmlost der Verfasser auch die Probleme der Externalisten (S. 158 ff.), der zunehmenden Grenzerträge sowie der Kollektivgüter, die dem arglosen Laien durchaus nur als lästige, aber relativ unwichtige Ausnahmen erscheinen müssen. (Die Illustration des externen Effektes mit dem nostalgischen Bienenbeispiels verstärkt diese Verniedlichung.) Die Konsumentenouveränität kommt fast ganz ungeschoren weg, Macht wird nur im Zusammenhang mit dem Staat erwähnt; private Macht sowie Macht von Organisationen aller Art existieren gemäß *Bernholz* nicht.

Die Behandlung des Staates im 6. Kapitel kommt im wesentlichen über die Begründung, daß ein mit Zwangsgewalt ausgestatteter Staat notwendig sei, nicht hinaus, weil „Parteien und Interessenverbände nur am Rande oder gar nicht berücksichtigt werden“ (S. 193).

Der Autor ist überzeugt, vom traditionellen Kern der Mikrotheorie aus das Wesen der gesellschaftlichen Probleme und Dilemmas erfassen zu können und dann anschließend die nicht ökonomischen Faktoren Schritt für Schritt einzubauen. Im Hinblick auf die Produktions- und Konsumententscheidungen von Unternehmen und Haushalten wird diese einseitige Anklammerung an die marginalistischen Verhaltenshypothesen besonders deutlich und problematisch.

Unter Zitierung von *Simon* wird in einem einzigen Satz vermerkt, daß die unterstellte Konsistenz der Präferenzen nur zutrifft, wenn die Wahl „nicht zu kompliziert“ ist. Die vom Verfasser zugestandene Möglichkeit „widersprüchlicher“ Entscheidungen wird aber nicht auf ihre Bedeutung hinsichtlich des gesamten Ansatzes geprüft, sondern nur für die Feststellung verwertet, daß die sich daraus ergebenden Probleme bei nicht-marktwirtschaftlichen Systemen in keiner Weise geringer sind. Diese nicht anders als ideologisch zu rechtfertigende Ablenkungsstrategie ist verständlich, wenn man weiß, daß *Simon* im angeführten Artikel darauf hinweist, daß die Annahme der Transitivität bereits bei sehr einfachen Entscheidungen (wie z. B. über Schallplatten) aufhört und bei hochkomplexen vollständig abwegig ist: Die konsequente Aufhebung der unrealistischen marginalistischen Annahmen müßte unweigerlich das ganze *Bernholzsche* System, das für alle Entscheidungen von Haushalten und Unternehmen einer Volkswirtschaft Transitivität unterstellt, zur Irrelevanz verurteilen. Schließlich birgt auch die sonderbare „Lerntheorie“ (S. 152), welche *Bernholz* auf die Haushalte anwendet, seine Aussagen in gefährlicher Nähe der Tautologie, gegen welche er sich so vehement verwahrt. Wenn *Bernholz* nämlich die implizite Aussage aufrechterhält, daß die Haushalte nicht vergessen können und alle früheren Erfahrungen in spätere Entscheide eingehen, so ist dies ganz einfach falsch. Räumt man aber Vergessen und Nichtberücksichtigen von Alternativen ein, so wird die Aussage, daß der Handelnde (hier der Haushalt) in jedem Augenblick „die Alternative wählt, die nach seiner augenblicklichen Kenntnis optimal ist“, zu einer reinen Tautologie.

Recht realitätsfremd mutet unter anderem auch die oberflächliche Behandlung der *kommunikativen Interdependenzen* (S. 152 - 158) zwischen den Haushalten und jene zwischen Unternehmen und Haushalten in Form von „Propaganda und Reklame“ an. Diese Interdependenzen stören den Verfasser offensichtlich. Dies muß man aus der Tatsache schließen, daß er nur zwei relativ enge Klassen davon berücksichtigt und es sich beim Beweis der Irrelevanz

dieser Beziehungen extrem leicht macht. Der Versuch, diese für die Analyse lästige Wirklichkeit aus dem theoretischen Universum zu verscheuchen, wird schließlich vollends offenkundig in der Tatsache, daß der Autor für den (für ihn) unwahrscheinlichen Fall der Relevanz dieser Beziehungen bereits Maßnahmen empfehlen kann, mit welchen die Modellbedingungen wieder hergestellt werden können: bessere Aufklärung sowie Verbot von Reklame und Propaganda, „die über die reine Information hinausgehen“ (S. 157).

Abschließend ist festzuhalten, daß das Werk von *Bernholz* eine systematische und solide Reintegration der klassischen Mikroökonomik, welche Ordnungs-, Verteilungs- und Welfare-Effekte umschließt, darstellt. *Bernholz* holt aus dieser Modellwelt praktisch alles, was daraus zu holen ist, und macht gerade dadurch ihre Grenzen für die Analyse der in der Einleitung gestellten Aufgaben um so deutlicher erkennbar.

Die Analogien zwischen atomistischem Markt und atomistischer Demokratie sind in der Tat intellektuell anregend. Ob aber die Transplantation des „*homo oeconomicus*“ in den politischen Prozeß die politische Theorie inhaltlich wirklich befruchten kann, ist im heutigen Zeitpunkt, da die äußerst engen Grenzen dieses analytischen Apparates im ureigenen ökonomischen Bereich immer mehr anerkannt werden, nicht so sicher. Ähnliches ist bezüglich der starken mathematischen Durchdringung des Textes zu sagen, welche relativ wenig zum Verständnis der zentralen Probleme beiträgt. Dabei muß auffallen, daß in den beiden einzigen realitätsbezogenen letzten Kapiteln die mathematische Formulierung abrupt aussetzt. Wenn selbst die moderne mikroökonomische Forschung einen starken Trend in Richtung *deskriptiven Realitätsgehalt* einschlägt, dann sollten sich u. E. erst recht die „Grundlagen der Politischen Ökonomie“ viel stärker auf den Aufbau des Wirtschaftsapparates und die Abläufe des Wirtschaftsprozesses sowie ihre natürlichen, gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen ausrichten.

Silvio Borner, St. Gallen
Jörg Baumberger, St. Gallen

Gottfried Bombach (Hrsg.): Studien zur Geldtheorie und monetären Ökonometrie. Schriften des Vereins zur Socialpolitik. Neue Folge Bd. 66. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 225 S.

Das Buch enthält einen Teil der Referate, die auf zwei Tagungen des Theoretischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik zum Thema Geldtheorie und monetäre Ökonometrie vorgetragen und diskutiert wurden. Es ist nur eine Auswahl aller Vorträge (die anderen waren schon anderweitig zu Publikationen vorgesehen), und daher ist es wohl zu erklären, daß sich die ursprünglichen Absichten des Herausgebers *Gottfried Bombach* nicht ganz realisieren ließen. Er verfolgte nämlich das ehrgeizige Ziel, „ein möglichst umfassendes Bild von der Entwicklung der Geldtheorie von der Neoklassik bis zur Gegenwart zu geben, um es dem Leser möglich zu machen, die Augenblicksauseinandersetzungen in größere Entwicklungen einzuordnen“ (S. 5).

An diesem Ziel darf man das vorliegende Buch also nicht messen. Es wird besser charakterisiert durch den nicht so präntiösen Titel „Studien“: Eine Sammlung von theoretischen und ökonometrischen Untersuchungen zum Thema Geld, deren Themen meistens nicht aufeinander abgestimmt sind, und deren Autoren — mit einer einzigen Ausnahme — auch nicht aufeinander Bezug nehmen.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Im ersten Abschnitt sind vier Beiträge zur Geldtheorie gesammelt, im zweiten vier ökonomische Untersuchungen, und der dritte Teil enthält drei Arbeiten zur Geldstromanalyse. Der dritte Teil ist dabei der weitaus homogenste, in dem auch die Themen der Beiträge aufeinander aufbauen. Zunächst wird — ganz allgemein — die Aussagefähigkeit der bereits existierenden Finanzierungsrechnungen untersucht (*Gunther Tichy*), dann stellt *Helmut Schlesinger* den Stand der Diskussion über die Geldstromanalyse in der Institution dar, die die Statistiken in der Bundesrepublik aufstellt, der Bundesbank, und schließlich schildert *René Eberle* die Fragen, die beim Aufbau einer neuen Finanzierungsrechnung in der Schweiz auftauchen.

Freilich ist es bei einem so eng abgegrenzten Gebiet wie der Geldstromanalyse relativ leicht, durch geschickte Auswahl der Verfasser und der Themen einen Katalog der wichtigsten Probleme zu geben. Ähnliches bei der Geldtheorie und der monetären Ökonometrie zu erreichen, ist ungleich schwieriger. Das gilt um so mehr dann, wenn man — wie in diesem Buch — Wert darauf legt, Forschungsergebnisse und nicht etwa Reviewartikel zu präsentieren. In diesem Fall muß man sich darauf beschränken, einzelne mehr oder weniger isolierte Schwerpunkte zu behandeln.

Das wird hier getan. Die Spannweite der behandelten Fragestellungen ist dementsprechend weit. Im Abschnitt Theorie geht es um folgende Probleme: die konsistente Formulierung des Walrasianischen und des Saischen Gesetzes (*Ernst Helmstädter*), die Berücksichtigung von Unsicherheit in der Theorie der Kassenhaltung (*Erich Streißler*), ein Modell des mikroökonomischen Bankenverhaltens (*Peter Bernholz*) und die Grundlagen der modernen Geldtheorie (*Hanns Abele*). In den ökonomischen Beiträgen werden Geldnachfragefunktionen geschätzt (*Volker Bergen* und *Heidi Schelbert-Syfrig*); *Vinzenz Zimmermann* untersucht die Bedeutung des Lieferantenkredits und *Nikolaus K. A. Läufer* greift in einer theoretisch-empirischen Arbeit den Gegensatz von Loanable-Funds und Liquiditätspräferenz-Theorie auf.

Aus dieser Inhaltsangabe wird gleichzeitig deutlich, daß der vorliegende Band nicht zu dem Themenkreis Stellung nimmt, der gegenwärtig in der Tagesdiskussion en vogue ist: die monetaristisch-keynesianische Kontroverse. Das Buch steht vielmehr etwas abseits — mit allen damit verbundenen Vorteilen (daß es nicht Gefahr läuft, über die Aktualität des Modernen die tatsächlichen Probleme zu vergessen), aber auch den Nachteilen (daß es im Prozeß der wissenschaftlichen Meinungsbildung nicht so beachtet wird).

Martin Hüfner, Frankfurt/M.

Rudolf Braun, Wolfram Fischer, Helmut Großkreutz, Heinrich Volkmann (Hrsg.): Industrielle Revolution, Wirtschaftliche Aspekte. Köln, Berlin 1972. Kiepenheuer & Witsch. 399 S.

Das Buch ist ein Band der zweiteiligen Veröffentlichung der Herausgeber in der Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek (2. Bd.: „Gesellschaft in der Industriellen Revolution“), der zu den wirtschaftlichen Aspekten der Industriellen Revolution Stellung nimmt. Die Herausgeber legen Wert auf die Feststellung, daß die Zweiteilung nicht als Darstellung isolierter Prozeßabläufe einmal im gesellschaftlichen und zum anderen im wirtschaftlichen Bereich aufgefaßt werden soll, sondern daß erst das Gesamtwerk ein gleichgewichtiges Bild des historischen Wandlungsprozesses vermittelt, der mit dem umstritte-

nen Begriff „Industrielle Revolution“ gekennzeichnet wird, obwohl dem vorliegenden Band allein schon ein hoher Wert beigemessen werden muß. Das liegt nicht zuletzt an der über die rein ökonomischen Bezüge hinausgreifenden Thematik der einzelnen Beiträge.

Die Sammlung von 18 Aufsätzen und Auszügen aus Monographien bzw. Vorträgen vorwiegend jüngeren Datums (nur drei erschienen zuerst vor 1960) umreißt das allen Autoren gemeinsame Problem, die Bedingungen und Veränderungen beim Übergang traditioneller, agrarisch bestimmter Gesellschaften zu modernen, industriell bestimmten, zu erforschen.

Je nach den spezielleren Ansatzpunkten wissenschaftlicher Forschung sind die Beiträge zu folgenden sechs Gruppen geordnet:

Ökonomische Voraussetzungen der Industrialisierung; Die Unternehmer als Träger der wirtschaftlichen Dynamik; Der technische Fortschritt und seine Verbreitung; Die Kapitalbildung; Die Rolle des Staates; Führende Sektoren im Industrialisierungsprozeß.

Die Aufteilung zeigt, daß die Geschichte der Industrialisierung nicht nur die Revolutionierung im technologisch-ökonomischen Bereich zu untersuchen hat, sondern diese Änderungen als Teil einer Wandlung im sozio-kulturellen Gesamtbereich begreifen muß. Das führt zu der Erkenntnis moderner Wirtschaftsgeschichte zurück, daß dieser Veränderungsprozeß „Industrielle Revolution“ mehr Evolution ist, die geographisch und bedingt durch das unterschiedliche zeitliche Eintreten jeweils anders verläuft und nur an bestimmten Höhepunkten „revolutionär“ erscheint (z. B. nach der Erfindung der Dampfmaschine).

Es fällt auf, daß die Behandlung der Industrialisierungsprobleme Englands im Vordergrund steht; an der Tatsache gemessen, daß England vielfach als Modellfall angesehen wird, erscheint das als berechtigt, es weist aber auch auf die weiter fortgeschrittene wirtschaftshistorische Forschung im englischsprachigen Raum hin, was im übrigen durch das Überwiegen der wissenschaftlichen Beiträge aus dem anglo-amerikanischen Sprachraum unterstrichen wird. Die die einzelnen Teile verbindenden Vorbemerkungen, die einen guten Überblick über Auswahl und Zusammenhang der Einzelbeiträge erlauben, sowie eine ausführliche, gegliederte Bibliographie und ein Namens- und Sachregister rechtfertigen den Anspruch der Herausgeber, ein Arbeitsbuch vorlegen zu wollen.

Immo Zapp, Aachen

D. Cassel, G. Gutmann und H. J. Thieme (Hrsg.): 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Konzeption und Wirklichkeit. Stuttgart 1972. Gustav Fischer. IX, 417 S.

Seit der Währungsreform von 1948 wurde die westdeutsche Wirtschaftspolitik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft geführt. Wie *H. Sauer mann* (der als Finance Consultant beim OMGUS hinter die Kulissen der Währungsplanung und der alliierten Gesetzesvorbereitungen blickte) im HdSw XI, S. 459 vermerkt, handelte es sich bei diesem monetären und gesamtwirtschaftspolitischen Neubeginn um eine Entscheidung unter völliger Unsicherheit: „Von führenden Männern in Politik und Wirtschaft wurde die Ansicht vertreten, daß eine Reform erst nach einer wesentlichen Steigerung der Produktion zu einem Erfolg führen könne. Glücklicherweise herrschte jedoch bei den verantwortlichen Stellen die Meinung vor, daß erst durch eine baldige und

radikale Reform die Voraussetzungen für eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen würden. Die Erfahrung hat ihnen recht gegeben.“ In diesem Vierteljahrhundert hat die Wirtschaft der Bundesrepublik einen im internationalen Vergleich einzigartigen Wiederaufbau vollzogen, der auch dann bemerkenswert genug bleibt, wenn man sein Gelingen mit historischen Sonderfaktoren zu erklären sucht.

Dennoch mehrten sich kritische Stimmen, die auf einen wachsenden Zwiespalt zwischen ordnungspolitischen Zielvorstellungen und sozialökonomischen Tatsachen verwiesen und das verkehrswirtschaftliche System als Schönwetterwirtschaft deklarierten, ganz davon abgesehen, daß die Konzeption der Marktwirtschaft von beiden Seiten des politischen Spektrums her fast beliebig und ideologisch mundgerecht in „orthodoxe“, „aufgeklärte“, „fortschrittliche“ und andere Spielarten tranchiert wurde. Dem pluralistischen Gruppenstaat ist die Fähigkeit, Wirtschaftspolitik auch als Ordnungspolitik aufzufassen und zu verwirklichen, in nicht geringem Maße abhanden gekommen, und die in Quotenkämpfen und konjunkturpolitischen Diskussionen vorgetragenen Argumente für und wider die Marktwirtschaft sind zumeist nicht Ausdruck einer ordnungspolitisch motivierten Denkweise, sondern Transportmittel in der Durchsetzung von Partialinteressen.

Der vorliegende Sammelband unterzieht die bisherige wirtschaftspolitische Praxis in der Bundesrepublik, ihre Bewährung und ihre Versäumnisse einer eingehenden, auf die wichtigsten Problemkreise abstellenden Analyse, die notwendigerweise in eine generelle Auseinandersetzung mit der Theorie der marktwirtschaftlichen Ordnung einmündet und auf die Kernfrage zielt, „inwieweit die heutige Realität noch dem ursprünglichen Leitbild einer nach freiheitlichen und sozialen Prinzipien gestalteten Marktwirtschaft entspricht“ (S. V). Das Buch soll eine erneute ordnungspolitische Grundsatzdebatte in Gang setzen helfen, deren vordringlichste Aufgabe die Herausgeber darin sehen, „die in der gegenwärtigen marktwirtschaftlichen Ordnung ungelösten Probleme kritisch zur Kenntnis zu nehmen, sie in einen größeren, gesellschaftsbezogenen Zusammenhang zu stellen und über die Möglichkeiten ihrer Lösung in dieser oder einer weiterentwickelten Ordnung nachzudenken“ (ebd.). Daß der Band entgegen seinem Titel bereits 1972 erschien, liegt daran, daß ihn Editoren und Mitarbeiter *K. Paul Hensel* zur Vollendung seines 65. Lebensjahres gewidmet haben, der wie kaum ein anderer sein wissenschaftliches Wirken in den Dienst der Erforschung des Ordnungsproblems gestellt und dabei vor allem auch der vergleichenden Morphologie von Wirtschaftsordnungen — in einem theoretisch und historisch umfassenderen Sinn, als dies in den institutionalistisch orientierten „comparative economic systems“ der Fall zu sein pflegt, — die Richtung gewiesen hat.

Der in vier Teile gegliederte Band umschließt 26 Abhandlungen, die hier nur kursorisch aufgezählt werden können. „Prinzipien einer freiheitlich und sozial gestalteten Marktwirtschaft“ erörtern im ersten Abschnitt die Beiträge „Individuelle Freiheit, Macht und Wirtschaftslenkung — Zur neoliberalen Konzeption einer marktwirtschaftlichen Ordnung“ (*G. Gutmann*), „Thesen zum Programm der Sozialen Marktwirtschaft“ (*Chr. Watrin*), „Das Systemkonzept und die Ordnungstheorie — Gedanken über einige Forschungsaufgaben“ (*H.-G. Krüsselberg*), „Die sozialistische Kritik an der Konzeption der Marktwirtschaft“ (*L. Bress*) und „Die Marktwirtschaft der Bundesrepublik als staatsmonopolistischer Kapitalismus“ (*H. Hamel*). Im zweiten Abschnitt „Der Wettbewerb als Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft“ folgen die Artikel „Kontrolle des Entstehens und Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht“

(H. O. Lenel), „Wettbewerbspolitische Aspekte des technischen Fortschritts“ (G. Prosi), „Leistungsüberlegenheit der Großunternehmung?“ (E. Heuß), „Wettbewerb oder Interventionen als Regulativ der Branchenstruktur?“ (W. Hamm), „Branchenplanung und Branchensteuerung — Gefahr oder Chance für die Marktwirtschaft?“ (G. Tholl) sowie „Die wettbewerbspolitischen Ausnahmebereiche als Gegenstand staatlicher und privatwirtschaftlicher Marktregelungen — Ein ordnungspolitisches Problem“ (U. Immenga). Der dritte Abschnitt über „Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik als Mittel zur Stabilisierung des marktwirtschaftlichen Prozesses“ enthält die Beiträge „Der Einfluß der Geldpolitik auf Konjunktur und Wachstum“ (E. Dürr), „Der Inflationsprozeß in der Bundesrepublik und die Geldpolitik der Bundesbank“ (M. Willms), „Neuere Vorschläge zur Geldpolitik und die Möglichkeit ihrer Verwirklichung in der Bundesrepublik Deutschland“ (H. Müller und A. Woll), „Antizyklische Ausgabenpolitik?“ (K.-H. Hansmeyer), „Geld- und fiskalpolitische Prozeßsteuerung in der Marktwirtschaft — Alternative Stabilisierungskonzepte?“ (H. J. Thieme), „Die Konzertierte Aktion: Instrument einer rationalen Stabilisierungspolitik?“ (D. Cassel), „Dilemmasituationen nationaler Antiinflationpolitik“ (F. A. Lutz) und „Die internationale Währungsordnung im Dienste der stabilitätspolitischen Grenzmal und die Möglichkeiten einer Reform“ (F. W. Meyer). Der vierte Abschnitt „Gestaltungsprobleme der Wirtschafts- und Sozialstruktur in der Marktwirtschaft“ umfaßt die Aufsätze „Infrastrukturpolitik in der Marktwirtschaft“ (H.-R. Peters), „Interventionsspiralen in der deutschen Verkehrspolitik“ (R. Willeke), „Landwirtschaft in der Marktwirtschaft: Das Dilemma der Agrarpolitik“ (G. Schmitt), „Vermögenspolitische Maßnahmen — erfolgreiche Instrumente der Einkommensumverteilung?“ (H. Lampert), „Reformen der Unternehmensverfassung zur Demokratisierung der Wirtschaft?“ (K. H. Biedenkopf) und „Private Selbsthilfe oder staatliche Fürsorge als Prinzipien sozialer Sicherung?“ (H. Winterstein). Den Beschluß macht der das Gesamthema umgreifende Ausblick „Die Marktwirtschaft — eine Wirtschaftsordnung mit Zukunft?“ (A. Gutowski). Durch ein ausführliches Namen- und Sachregister wurde Vorsorge getroffen, daß dieses inhaltsreiche Sammelwerk im ganzen wie in den unterschiedlich ausgerichteten Perspektiven seiner Mitautoren auch auf spezielle Blickwinkel und Querverbindungen hin erschlossen werden kann.

Antonio Montaner, Mainz

Helmut Duvernell (Hrsg.): Der Mensch in der Gesellschaft von morgen. Internationale Tagung 1971 der Sozialakademie Dortmund. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 318 S.

Schon mit ihren bisherigen Internationalen Tagungen hatte die Sozialakademie Dortmund die ökonomisch-technologischen und gesellschaftlichen Perspektiven unserer Übergangszeit zur Debatte gestellt. Dies gilt nicht nur für die Generalthemen „Wirtschaftsprognose und Wirtschaftsgestaltung“ (1959), „Möglichkeiten und Wege zu einer europäischen Wirtschaftsverfassung“ (1964) und „Energiewirtschaft und Energiepolitik in Gegenwart und Zukunft“ (1965), sondern auch für die meisten übrigen Arbeitsprogramme, in denen sich historische Rückschau und Standortbestimmung mit dem Durchblick auf die künftigen Entwicklungstendenzen von Wirtschaft und Gesellschaft verbanden.

Die zwölfte Tagungsveranstaltung, über die der vorliegende Protokollband berichtet, war der breitgefächerten und vielschichtigen Thematik gewidmet, welche ideellen und materiellen Daseinsbedingungen dem Menschen in der

Gesellschaft von morgen beschieden sind und welche Einsichten ihm heutigentags zu Gebote stehen, um seiner Gefährdung und Verantwortung zwischen Zwangsläufigkeit und Entscheidungsfreiheit gewahr zu werden. Der Sache nach ging es dabei nicht ganz ohne futurologische Projektionen ab, doch waren die von den Referenten entworfenen Erwartungsbilder darauf angelegt, unser zur Hälfte in Naturgesetzlichkeit gebundenes, zur Hälfte eben mit dieser Gesetzlichkeit freischaltendes ich- und gemeinschaftsbezogenes Handeln mit verlässlichen Tatsachenbefunden zu konfrontieren und in Einklang zu bringen. Bemerkenswerterweise nahm die Dortmunder Tagung in Vortrag und Aussprache einige der prinzipiellen Auseinandersetzungen vorweg, wie sie in jüngster Zeit durch Studien wie jene auf Initiative des Club of Rome am Massachusetts Institute of Technology erstellte Untersuchung über die Grenzen des Wachstums verstärkt in Gang gesetzt worden sind.

Aus Raumgründen muß sich diese Anzeige darauf beschränken, die Themen und Autoren der Konferenzbeiträge aufzuzählen, die von *Johannes Rau*, dem für die Sozialakademie zuständigen Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, eingeleitet wurden: Die Entwicklung der Bevölkerung und die Zukunft des Menschen auf der Erde (*Wilhelm E. Mühlmann*); Wie sieht der Betrieb von morgen aus? (*Hans Rühle v. Lilienstern*); Kriterien für die Industriestrukturen von morgen (*Jan Tinbergen*); Zur Problematik der Beeinflussung sozio-ökonomischer Strukturen und Abläufe (*Lothar Neumann*); Zukunftserwartungen jugendlicher Erwerbstätiger (*Friedrich Baerwald*); Der Angestellte und die Demokratie von morgen (*Fritz Croner*); Arbeitnehmer und Gewerkschaften in der Gesellschaft von morgen (*Alfred Christmann*); Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände in der Gesellschaft von morgen (*Hans O. Messedat*); Gesellschaftliche Organisationsformen unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus sozialistischen Ländern Osteuropas (*Vladimir Bonač*); Das Arbeitsrecht in der Gesellschaft von morgen (*Bernd Rütters*). Nach den rd. hundert Diskussionsäußerungen — in deren Niederschrift sich offenbar einige Ungenauigkeiten eingeschlichen haben — sowie dem von *Helmut Duvernell* dargelegten Resümee der Tagungsergebnisse werden die von *Branko Bosnjak*, *Hans Lutz* und *Oswald v. Nell-Breuning* aus zeitlich-technischen Gründen in einer gesonderten Abschlußveranstaltung erstatteten Vorträge über das Verhältnis von Christentum und Marxismus in Gegenwart und Zukunft wiedergegeben.

In seinem Vorwort hat der Herausgeber sozusagen als Leitmotiv des gesamten Themenkreises die Frage gestellt, wie lange der Mensch bei fortschreitender Technisierung noch Herr der gesellschaftlichen Entwicklung bleiben wird (S. 5). Zunehmende Versklavung droht, statt wie früher durch seinesgleichen, nunmehr durch die von ihm selber geschaffene Technik mit ihrer von Zahlen, Massen und Maschinen beherrschten Scheinfreiheit, und die Folgerungen für sein Gesamtverhalten zu Natur und Gesellschaft sind ebenso leicht grundsätzlich gezogen wie im einzelnen schwierig einzusehen. Der Ertrag der Tagung erweist denn auch, daß die existentielle Verbundenheit des Gegensatzes von Schicksal und Selbstentscheidung genau die Stimmung bezeichnet, die heute die meisten nach Bewußtsein überhaupt verlangenden Menschen empfinden, wenn sie die unsichere Gegenwart zwischen den weithin noch ungedeuteten Gewesenheiten in ihrem Rücken und den unentschiedenen, aber jeden Augenblick der Verwirklichung harrenden Möglichkeiten vor sich auch nur im alltäglichen Handeln zu bewältigen suchen.

Antonio Montaner, Mainz